

Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt – Entwicklungspotenziale zwischen Daseinsvorsorge, Städtebauförderung und Sozialer Arbeit

Zweite Transferwerkstatt am 11. Juli 2019 in Berlin

Dokumentation

Die Bewahrung und Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts ist eine Aufgabe für Zivilgesellschaft und Wirtschaft, Verwaltung und Politik. Das Städtebauförderprogramm Soziale Stadt unterstützt diese Ziele, ist aber auf komplementäre Förderstrategien anderer Ressorts, die Bündelung von Ressourcen und übergreifendes Handeln angewiesen. Auch Gemeinwesenarbeit kann hierzu beitragen. Auf Basis eines Methodenmix erarbeitet die Studie, wie Gemeinwesenarbeit in Quartieren der „Sozialen Stadt“ strukturell verankert ist und was sie leisten kann. Die Studie fokussiert auf Strategien der Gemeinwesenarbeit, die sich ganzheitlich auf die Stadtteilebene richten.

In der zweiten Transferwerkstatt „Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt“ trafen sich am 11. Juli 2019 knapp 20 VertreterInnen aus der Praxis und des Projektbeirates sowie der Bundes- und Landesebene in Berlin, um über die Verankerung von Gemeinwesenarbeit und Quartiersarbeit in der Sozialen Stadt zu diskutieren. Die Praxiserfahrungen aus den Fallstudien boten mit ihrem Einblick in die konkrete Arbeit vor Ort wertvolle Hinweise, wie man Gemeinwesenarbeit in Kommunen und insbesondere in benachteiligten Quartieren besser strukturell verankern kann. Die zweiten sechs von insgesamt zwölf untersuchten Fallstudien erweiterten das Spektrum von Herangehensweisen und Schwerpunkten sowie die Potenziale und Grenzen von Gemeinwesenarbeit im Quartier.

Die folgenden Fallbeispiele wurden in der Transferwerkstatt vorgestellt:

- Eching (Bayern)
- Emden-Port Arthur/Transvaal (Niedersachsen)
- Jena-Winzerla (Thüringen)
- Magdeburg-Neu-Olvenstedt (Sachsen-Anhalt)
- Sulzbach-Altenwald/Mitte (Saarland)
- Trier-Nord (Rheinland-Pfalz)

Juliane Wagner, Referentin im Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, machte zu Beginn deutlich, dass viele Aspekte, die in der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“¹, insbesondere in der Facharbeitsgruppe „Teilhabe und Zusammenhalt in der Gesellschaft“, erarbeitet wurden, auch in der Studie „Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt“ aufgegriffen werden: sozialräumlich – ganzheitlich – partizipativ – institutionenübergreifend. In den zwanzig Jahren seit Einführung des Städtebauförderprogramms „Soziale Stadt“ wurden viele gute Erfahrungen gesammelt und mit den städtebaulichen Maßnahmen wurde viel erreicht. Bei den sozialen Angeboten erweist sich das Programm jedoch als begrenzt, auch wenn sich an bewährte Instrumente wie das Quartiersmanagement anknüpfen lässt. Vor Ort soll daher der Blick vertiefend auf die Gemeinwesenarbeit gerichtet werden. Frau Wagner wies in diesem Zusammenhang auch auf die Umsetzung

¹ BMI, BMEL, BMFSFJ (2019): Unser Plan für Deutschland - Gleichwertige Lebensverhältnisse überall. Schlussfolgerungen von Bundesminister Horst Seehofer als Vorsitzendem sowie Bundesministerin Julia Klöckner und Bundesministerin Dr. Franziska Giffey als Co-Vorsitzenden zur Arbeit der Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“, vorgestellt am 10.07.2019



der ressortübergreifenden Strategie „Soziale Stadt“ hin, bei der in mehreren Modellvorhaben (mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz) daran gearbeitet wird, den Sozialraum gemeinsam zu unterstützen. Von der Studie zur „Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt“ erhofft sie sich, weitere Erkenntnisse für das gemeinschaftliche Arbeiten mit den Ressorts zu erlangen, Kooperationen aufzubauen und beispielhaft Handlungsbedarfe für die Regelförderung zu identifizieren.

Dr. Petra Potz, Inhaberin von location³ – Wissenstransfer, stellte anschließend den Forschungsansatz der Studie vor. Ausgehend von einem sehr breit gefassten Begriff von Gemeinwesenarbeit können mit der Auswertung der Praxis in den ausgewählten Quartieren innerhalb und über die Förderkulisse hinaus Aussagen zur Komplementarität von Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit wie auch zum Rollenverständnis von Kommunen, Trägern und weiteren Akteuren getroffen werden. Anhand unterschiedlicher Finanzierungs- und Organisationsmodelle, die in den zwölf Fallstudien exemplarisch veranschaulicht werden, werden Beiträge zur Stabilisierung benachteiligter Quartiere und zur Integration aller Bevölkerungsgruppen erarbeitet.

Univ.-Prof. Dr. Simon Güntner, TU Wien, wies in einem Rückblick auf die erste Transferwerkstatt² darauf hin, dass trotz der „Entdeckung“ des Quartiers als Handlungsebene in vielen sozialpolitischen Bereichen strategische Ansätze über mehrere Politikfelder weitgehend fehlen. Die Fachdebatte in der Literatur befasst sich v.a. mit Themenfeldern und Handlungsansätzen, aber kaum mit der strukturellen Verankerung von Gemeinwesenarbeit und dem Verhältnis zur Förderkulisse der Sozialen Stadt. Herr Güntner brachte eine vorläufige Typisierung der bei der ersten Transferwerkstatt vorgestellten Konzepte als Anregung für die folgende Diskussion ein.

Gemeinwesenarbeit als...

- Handlungsfeld im Rahmen von Quartiersmanagement: Ziel ist (förderbedingt) vor allem die Vorbereitung von Investitionen
- Freiwillige soziale Leistung der Kommune: v.a. sozial- und integrationspolitische Ziele
- Leitbild einer Stiftung oder eines Unternehmens, um Angebote zu profilieren und zu verbessern
- Landesprogramm, mit dem Ziel, die soziale Infrastruktur vor Ort zu stärken
- Bürgerorientierung des Verwaltungshandelns, um Systemvertrauen zu schaffen
- Haltung in der Sozialen Arbeit mit dem Ziel der Befähigung der AdressatInnen.

Die Vielfalt der Praxis der Gemeinwesenarbeit mit ihrer spezifischen Logik anhand der weiteren Fallstudien herauszuarbeiten, um damit die Landschaft der strukturellen Verankerung von Gemeinwesenarbeit in ihrer Breite beschreiben zu können, ist Ziel der zweiten Transferwerkstatt.

Gemeinwesenarbeit aus der Perspektive verschiedener Akteure und Träger

An den folgenden Beispielen wird das Spektrum dessen, was Gemeinwesenarbeit vor Ort leisten kann, deutlich. Gleichzeitig zeigt sich, dass die Ausrichtung der Arbeit vor Ort sich in langjährigen Aushandlungsprozessen weiterentwickelt und von unterschiedlichen spezifischen Rahmenbedingungen geprägt wird, der Verortung innerhalb der Kommune, der Struktur der Trägerschaft und der jeweiligen Förderlandschaft, auch auf Landesebene.

² Die Dokumentation zur 1. Transferwerkstatt von 14.05.2019 ist verfügbar unter: staedtebaufoerderung.info/StBauF/DE/Programm/SozialeStadt/Forschung/Gemeinwesenarbeit/1_start_node.html



Gemeinwesenarbeit konkret – Praxis-Erfahrungen aus den Fallstudien

Emden ist mit ca. 50.000 Einwohnern die kleinste kreisfreie Stadt in Niedersachsen. Das Quartier *Emden-Port Arthur/Transvaal* mit etwa 6.000 Einwohnern ist seit 2015 Fördergebiet der Sozialen Stadt. Eingekegelt zwischen Hafen, Bahnlinie und Industrie ist es ein altes Arbeiterquartier, man lebt „auf Port Arthur“. Statistisch existiert ein Nord-Süd-Gefälle, v.a. im Norden gibt es viele Allein-erziehende und hohe Einkommensarmut. Bereits 1978 wurde im städtischen Fachbereich Jugend, Schule und Sport das „Produkt“ Gemeinwesenarbeit als Erweiterung der sozialpädagogischen Arbeit eingeführt. Im Jahr 2017 wurde im Fachbereich Soziales und Gesundheit in enger Verbindung mit dem Fachbereich Jugend, Schule und Sport vor dem Hintergrund der Flüchtlingszahlen ressort-übergreifend entschieden, die Synergieeffekte zu stärken: Alle laufenden Projekte und in der Verwaltung verteilten Aktivitäten der Kommune in Gemeinwesenarbeit wurden nach innen und außen zusammengefasst, in einem „Fachdienst“ als Organisationseinheit. Emden wird mit diesem Ansatz im niedersächsischen Landesprogramm Gemeinwesenarbeit und Quartiersentwicklung mit dem gesamtstädtischen Projekt „Quartiersbrücken - Bündelung und Koordination gebietsbezogener und lebensweltorientierter Arbeitsansätze in Emden“ gefördert.

2019 wurde der Fachdienst Gemeinwesen gegründet: Er ist dezentral im Stadtgebiet verteilt, mit vor Ort-Büros in drei Stadtteilen und dem Mehrgenerationenhaus Kulturbunker als Hauptstandort. Die Aktivitäten umfassen den Kulturbunker als soziokulturelle Einrichtung, Gemeinwesenarbeitsprojekte, die Koordinierungsstelle Migration und Teilhabe, Flüchtlingsarbeit und die Freiwilligenagentur. Eine Lenkungsgruppe aus den Fachbereichen Soziales und Gesundheit sowie Jugend, Schule und Sport zusammen mit dem Fachbereich Bauen und der Stabsstelle Integrierte Sozialplanung ist für alle Belange der Stadt zuständig und kann je nach Thema und Kompetenz punktuell erweitert werden. Der Fachdienst Stadtplanung ist operativ zuständig für das Programm Soziale Stadt, eine Projektgruppe vor Ort wurde installiert. Das Stadtteilbüro ist mit fünf Personen besetzt: Sanierungsträger, Quartiersmanager, Energiemanager (Energieberatung im Stadtteil), Flüchtlingssozialarbeiter und der Gemeinwesenarbeiter mit dem Stadtteiltreff. Der Gemeinwesenarbeiter ist über Projektmittel bei der Kommune angestellt; der Flüchtlingssozialarbeiter wird ebenfalls aus kommunalen Mitteln finanziert, Quartiersmanagement wird im Rahmen des Aufbaus der Sozialen Stadt aus Sanierungsmitteln finanziert. Ziel ist es, dass eine gute Ergänzung zwischen Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit stattfindet. Auf Betreiben des Bürgervereins wurde die Stelle des Gemeinwesenarbeiters nicht extern, sondern mit einer Person aus dem Stadtteil besetzt, die nachträglich qualifiziert wurde. Der nächste Schritt wird die Bewohnerbeteiligung sein. Über die Soziale Stadt hinaus gibt es viele Aktivitäten, neben dem Stadtteilbüro zum Beispiel auch einen Stadtteiltreff als Anlaufstelle für Jugendliche. Stadtteiltreffen mit Akteuren im Stadtteil (Vereine, Einrichtungen, Verbände, Ehrenamt etc.) finden drei bis vier Mal im Jahr statt und sind ein langfristiges Resultat der ersten Sanierungsphase 1979-2003.

Die Großwohnsiedlung *Jena-Winzerla* besteht seit 50 Jahren, sie entstand in Hanglage in drei Bauabschnitten, die mit jeweils unterschiedlichen Problemlagen einhergehen. Neben der Siedlung mit Mietwohnungsbestand der kommunalen Wohnungsbaugesellschaft sowie von Genossenschaften gibt es den alten namengebenden Dorfkern Winzerla und eine Eigenheimsiedlung. Gemeinwesenarbeit, die sich an den Lebens- und Bedarfslagen orientiert, wird in Winzerla seit 2001 durch den lokalen Verein mittendrin e.V. betrieben, der mit insgesamt vier Angestellten auch die Vernetzung mit weiteren Akteuren und Vereinen koordiniert. Hier besteht auch das Stadtteilbüro mit dem Quartiersmanagement. Der Verein ist auch selbst inhaltlich aktiv (z.B. mit BAMF Förderung für gemeinwesengetragene Projekte zur Flüchtlingsintegration) und betreut vom Stadtteilbüro Winzerla aus die Koordinierungsstelle für das Landesprogramm ThINKA - Thüringer Initiative für Integration, Nachhaltigkeit, Kooperation, Aktivierung. Der Quartiersmanager ist Vorstandsmitglied in der Thüringer Arbeitsgemeinschaft Soziale Stadtentwicklung und Gemeinwesenarbeit (ThASG) e.V. Die AG orientiert sich am Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit und will das Quartiersmanagement in den



Programmgebieten der Sozialen Stadt sowie darüber hinaus strukturell und fachlich auf Kommunal- und Landesebene etablieren. Generell könnten in Thüringen, so die Einschätzung des Quartiersmanagers, die Potenziale der Stadtteilbüros strategisch stärker auch für die Sozialplanung genutzt werden. Für die strukturelle Anbindung war die Vereinsgründung von mittendrin e.V. Mitte der 1990er Jahre Initialpunkt. Die Gründung entstand aus einem Impuls von FH-Professoren mit der Philosophie „Alles aus einer Hand“: Kinder- und Jugendarbeit, Einzelfallhilfe, Gemeinwesenarbeit etc. Dies wurde jedoch nicht umgesetzt, so dass die Bereiche inzwischen in separaten Vereinen bearbeitet wurden. Der Verein mittendrin e.V. wird seit 2003 mit zwei MitarbeiterInnen über Soziale-Stadt-Mittel gefördert, erstellt unter anderem eine Stadtteilzeitung und betreut einen Verfügungsfonds. Angedockt ist das Stadtteilbüro an das kommunale Stadtentwicklungsamt. Die Aufgabenstellung betrifft Beteiligung, Wohnumfeldverbesserung und Planungswerkstätten, ansonsten identifiziert die Stadtteilarbeit vor Ort die Bedarfe. Dies wird von den dort Tätigen als Spagat zwischen Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit bei fehlenden Zielvorgaben wahrgenommen.

Trier Nord ist seit 2000 Programmgebiet der Sozialen Stadt mit ca. 4.500 EinwohnerInnen. Gemeinwesenarbeit ist dort bereits in den 1980er Jahren aus einer universitären Initiative heraus entstanden, mit dem Bürgerhaus Trier-Nord e.V. Trier Nord war ein „sozialer Brennpunkt“: BewohnerInnen lebten dort unter prekären Wohnverhältnissen. Daneben gab es ein großes Wohngebiet französischer Militärangehöriger und ihrer Familien, das später zum Konversionsgebiet wurde. Als diese Wohnungen verkauft werden sollten, fand sich kein Interessent. Aus der Gemeinwesenarbeit des Bürgerhauses wurde 1991 die Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg WOGEBE gegründet, mit dem Ziel, die dort lebende Bevölkerung mit gutem Wohnraum zu versorgen. Grundlage war die Erkenntnis, dass soziale Arbeit mit allen Beratungsangeboten nicht ausreicht, sondern an den Lebensbedingungen der Menschen etwas in Form von baulichen Investitionen verändert werden musste. Die Stadt war gegenüber der Gründung der Wohnungsgenossenschaft damals wohlwollend, aber nicht aktiv. Die Aufnahme in das Soziale Stadt-Programm war wichtig, da die WOGEBE über Fördermittel des Landes zwar Sozialwohnungen bauen, aber nicht darüber hinaus für die Infrastruktur sorgen konnte. Die soziale Infrastruktur hat sich seither gut entwickelt: Es sind drei Kindertagesstätten entstanden, zwei Kinderhorte, eine Baby- und Krabbelstube, ein Jugendzentrum sowie das Bürgerhaus mit Familienberatung. Keine Einrichtung ist städtisch, vielmehr besteht eine bunte Mischung an kleinen Vereinen. Im Bürgerhaus als Einrichtung der Gemeinwesenarbeit wird die originäre Beziehungsarbeit in Gruppen geleistet. Im Rahmen des Modellvorhabens UTOPOLIS (Ressortübergreifende Strategie Soziale Stadt) wird das soziokulturelle Projekt KREAPOLIS des Vereins transcultur e.V. umgesetzt, das mit der Einbeziehung von Jugendlichen aus dem Stadtteil bei der Umgestaltung und Namensgebung des Vorplatzes vor dem Bürgerhaus in Trier-Nord eine wichtige Rolle spielt.

Das an der WOGEBE angesiedelte Quartiersmanagement koordiniert und moderiert die Akteurslandschaft im Arbeitskreis Trier-Nord. Die KollegInnen in der Einzelfallhilfe werden kaum für Koordinationstätigkeiten freigestellt, für Stadtteilentwicklung gar nicht. Von allen Beteiligten wird aber als wichtig erachtet, dass jemand die Akteursvielfalt bündelt. Daher wird derzeit diskutiert, wie man trotz auslaufender Programmförderung das bewährte Instrument der Stadtentwicklung für Trier retten und weiterentwickeln kann. Das Programm Soziale Stadt ist im Amt für Soziales und Wohnen angesiedelt. Die ganzheitliche und ressortübergreifende Sicht ist kommunal aufgrund von Einsparanforderungen schwierig (Gemeinwesenarbeit ist keine Pflichtaufgabe). In Rheinland-Pfalz wurden 2016 Förderrichtlinien zur „Gewährung von Zuschüssen zur Bekämpfung von Armut und zugunsten von aufzuwertenden Stadt- und Gemeindeteilen“ erlassen, die die Förderung der Gemeinwesenarbeit skizzieren. Dies ist jedoch vor allem eine administrative Hilfestellung für die Kommunen und nicht mit Fördermitteln und Programmatik hinterlegt. Das äußere Bild des Stadtteils hat sich sehr verändert, inzwischen geht es darum, das Image zu verbessern und auch andere Menschen für den Stadtteil zu interessieren. Die WOGEBE entwickelt ein Neubauprojekt mit barrierefreiem Wohnen auf



einer Brachfläche, das mit einer Mischung aus Sozialwohnungsbau und frei finanziertem Wohnungsbau (veränderte Förderung durch Land Rheinland-Pfalz) entsteht; ein Nachbarschaftscafé wird über Mittel aus dem Familienministerium (für Investitionen) gebaut, ein Pflegedienst wird mit seiner Geschäftsstelle einziehen. Damit bleibt eine Orientierung an den Menschen vor Ort gewährleistet, gleichzeitig erfolgt die Öffnung für neue Gruppen von außerhalb: gemäß dem Leitbild der Genossenschaft eine Entwicklung ohne Verdrängung.

Welches Verständnis von Gemeinwesenarbeit liegt der Arbeit im Quartier zugrunde?

Für Prof. Dr. Sabine Stövesand wurde deutlich: Es gibt keine typische Struktur von Gemeinwesenarbeit, aber sie ist immer auch Netzwerkarbeit. Einige der bekannten Facetten im Verständnis werden hier aufgezeigt: a) GWA als Community Development – ein interdisziplinäres Projekt mit ganzheitlicher Sicht (Emden); b) GWA als Sozialplanung, Verbesserung der sozialen Infrastruktur (Jena); c) GWA als soziale Aktion von unten und Aneignung (Trier-Nord). Jedes Projekt hat sich nach den politischen Gelegenheiten und Gegebenheiten entwickelt und Programme eingesetzt, seien es Soziale Stadt, Mehrgenerationenhäuser oder andere Förderung. In Hamburg ist dies z.B. die Globalrichtlinie zur Förderung von Soziokultur (25 Standorte). Strukturelle Verankerung von Gemeinwesenarbeit kann nur dann funktionieren, wenn Gemeinwesenarbeit gewollt ist. Man muss also inhaltlich aufzeigen, was Gemeinwesenarbeit zu bieten hat: Das Wesentliche ist die partizipative Bestimmung von Themen und Problemen, deren Beschreibung sowie die Formulierung von Ideen, Zielen und Lösungen als Prozess angelegt sind. Dieser Prozess findet gemeinsam mit den Menschen vor Ort statt und ist wertgebunden, im Sinne von Demokratisierung. Es geht darum, Beziehungen, Bewusstheit, kollektive Handlungsfähigkeit und Selbstorganisation zu fördern. Die Ressourcen müssen von außen kommen, weil die Quartiere meist arm sind. Gemeinwesenarbeit passt nicht in kurzfristige Projektlogik.

Christian Kuthe ist als Referatsleiter Städtebau, Bauleitplanung, Baukultur im niedersächsischen Umweltministerium für Stadtentwicklungsfragen und innovative Ansätze, darunter auch das Landesprogramm Gemeinwesenarbeit und Quartiersentwicklung, zuständig. Im Nachbarreferat Recht und Förderung des Städtebaus ist das Programm Soziale Stadt angesiedelt. 2016 bildete sich in Niedersachsen angesichts der Debatte um die Flüchtlingszuwanderung ein breites Bündnis, initiiert von den großen Kirchen und den Gewerkschaften zusammen mit der Landesregierung. Dieses Bündnis machte sich zur Aufgabe, Wege zu finden, wie die Integration von Geflüchteten akteursübergreifend gefördert werden kann. Mit den programmatischen Erkenntnissen zu den Ankunftsquartieren ist die Landesförderung entstanden, vor allem mit dem Ziel, Integration und Teilhabe in der Nachbarschaft und beim Wohnen zu fördern und Konfliktbildung vorzubeugen. Die Förderung unterlag 2017 und 2018 dem Jährlichkeitsprinzip bei einer Ausstattung von je 1,5 Mio. Euro. Mit einem Wettbewerb, der seit 2017 dreimal ausgelobt wurde, wurden bisher 74 Projekte gefördert. Für 2019 wurde die Förderung auf 4 Mio. Euro erhöht. Neben den Stadtteilen, die ohnehin schon besondere Belastungen haben und potenziell Soziale Stadt-Gebiete sind, sind auch strukturschwächere Gebiete im ländlichen Raum, die bei der Integration und Wohnraumversorgung Unterstützung benötigen, im Fokus des Programms. Die dortigen Wohnorte und Nachbarschaften sind teilweise durch arbeitsplatz- oder ausbildungsbezogene Abwanderung und eine demografisch alternde Wohnbevölkerung geprägt, deren Versorgungs- und Unterstützungssituation nicht optimal ist. Der Fokus liegt somit auf Zuwanderungs- und Abwanderungsquartieren. Die Begrifflichkeiten Gemeinwesenarbeit oder Quartiersmanagement wurden eher pragmatisch behandelt, um Kreativität mit unterschiedlichen Handlungsansätzen zu ermöglichen. Wichtig war hingegen der Quartiersbezug als ein für die BewohnerInnen überschaubarer Bereich, in dem man sich auch für die stattfindenden Prozesse und die Weiterentwicklung verantwortlich fühlen kann.

Mit der neuen Landesregierung soll die Förderung zu einem Programm Gute Nachbarschaft verstetigt werden; auch für 2020 sind 4 Mio. Euro veranschlagt. Von der bisherigen jährlichen Förderung weg wird ab 2020 eine Förderung auf drei Jahre möglich sein. Es soll nicht in erster Linie an die



Programmgebiete der Sozialen Stadt gerichtet werden, die bereits im Fokus anderer Förderung sind. Das politische Ziel war angesichts vieler weiterer Quartiere eine präventive Unterstützung für deren Stabilisierung, bevor sie instabil werden. Im Förderangebot wurde auch Offenheit über die Projektträgerschaft vorgesehen. In knapp der Hälfte der Projekte werden diese in kommunaler Trägerschaft durchgeführt. Daneben sind es freie Träger, aber auch lokale Vereine. Projekte konnten sich auch in den Folgephasen erneut bewerben. Die Landesmittel pro Projekt sind auf 75.000 Euro begrenzt, bei einer 75-prozentigen Förderquote und Sonderkonditionen für Träger mit mehreren Projekten (max. 150.000 Euro). Die überwiegend nicht-investiven Mittel werden für eine Verbesserung des sozialen Zusammenhalts in den Quartieren eingesetzt. Da es aber auch einen Ort braucht, wo die Aktivitäten sichtbar werden, gibt es eine Verlinkung zum Investitionspakt „Soziale Integration im Quartier“. Die Modellförderung dient dazu, die Debatte zur Verstetigung zu unterlegen. Es ist ein Prozess für einen neuen Handlungsansatz, der das Einwirken in den Sozialraum unterstützen soll, mit der Stadtteilentwicklung im städtebaulichen Sinn als Basis. Aktivierung durch Gemeinwesenarbeit und die Wirksamkeit im Quartier sind in der Weiterentwicklung in einem nächsten Schritt stärker in den Blick zu nehmen.

Antje Thiel ist im Thüringer Infrastrukturministerium für Städtebau, Städtebau- und Schulbauförderung zuständig. Die Wohngebiete der Sozialen Stadt verzeichnen dort häufig einen hohen Leerstand, Ziel ist die Vermeidung von sozialen Brennpunkten. Unterstützt werden investitionsvorbereitend soziale und kulturelle Projekte, auch im Bildungsbereich. Das Quartiersmanagement wird als die Schnittstelle zwischen Quartier und Stadtverwaltung gesehen und mit mindestens vierjährigen Personalstellen ausgestattet. Die Besetzung von Stellen auf kommunaler Ebene erweist sich jedoch als schwierig, aufgrund des Fachkräftemangels und des Bürokratieaufwands für die Abwicklung der unterschiedlichen Bundesprogramme. Dazu sei, wie Frau Thiel unterstrich, eine vereinfachte Förderrichtlinie erforderlich, denn die Kommunen in Thüringen seien von diesen Zuschüssen abhängig. Auf Landesebene wurden das Programm „Solidarisch zusammenleben von Generationen“ sowie Engagementförderung durch die Thüringer Ehrenamtsstiftung etabliert.

Von der einzelfallbezogenen Förderung zur integrierten Quartiersarbeit

Im zweiten Teil der Transferwerkstatt wurden Modelle einer integrierten Quartiersarbeit sowie deren Bedarfe an struktureller Verankerung diskutiert. Die Modelle reichen von der kommunalen Daseinsvorsorge als Regelaufgabe, über die ein lokaler Verein auch Quartiersarbeit leistet, hin zur Stadtteilarbeit, die angesichts der sozialen Umwälzungen in einem Stadtumbaugebiet installiert wurde, bis zur gesamtstädtischen Gemeinwesenarbeit eines Trägers, die den Wegfall des Quartiersmanagements nur teilweise auffangen kann.

Gemeinwesenarbeit konkret - Praxis-Erfahrungen aus den Fallstudien

Die Gemeinde *Eching* liegt im Landkreis Freising, direkt an München angrenzend. Mit 14.000 EinwohnerInnen ist sie laut Typisierung der Bertelsmann Stiftung eine „prosperierende Kommune im Umfeld dynamischer Wachstumszentren“, Bezüge zum Programm Soziale Stadt gibt es nicht. Die Robert Bosch Stiftung und die Bertelsmann Stiftung haben den Echinger Ansatz teils über sieben Jahre beforstet. Im Gemeindeentwicklungsplan 1989 wurde festgestellt, dass die mit der Olympiade in München aus einer Alterskohorte stark gewachsene Bevölkerung Echings in großem Umfang älter wurde. Im Rahmen einer Befragung der BewohnerInnen durch die Kommune wurde als breiter Wunsch geäußert, möglichst zuhause mit maßgeschneiderten Angeboten für die Versorgung im gewohnten Umfeld des Quartiers älter werden zu können. Das Konzept eines AltenServiceZentrums (ASZ) wurde daraus entwickelt. Seit 1990 ist es auch ein Mehrgenerationenhaus im Bundesprogramm und ein gemeinwesenzentriertes Quartierskonzept, das inzwischen fest in der Gemeinde etabliert ist und nicht auf Projektförderung basiert. Ein Trägerverein „Älter werden in Eching e.V.“ mit 430



Mitgliedern, darunter vielen BürgerInnen, ist dafür einen langfristigen Dienstleistungsvertrag mit der Kommune eingegangen. Der Vertrag besagt, dass der Verein für die Kommune bestimmte Leistungen erbringt, die dann von der Kommune vergütet werden. Der Verein ist einerseits über den Geschäftsbesorgungsvertrag mit der Kommune verbunden, andererseits ist er so strukturiert, dass neben dem geschäftsführenden Vorstand in seinem Gesamtvorstand alle am Ort tätigen Institutionen mit je einer Stimme vertreten sind. Somit wird im Verein der Ort vernetzt. Mit Hilfe von Stiftungsmitteln können die wenigen Sozialhilfebezieher am Ort unbürokratisch unterstützt werden. Der Verein tätigt Aufgaben im Bereich Wohnen, Pflege und Soziales im AltenServiceZentrum in der Ortsmitte. Es sind die Leistungsbereiche nach SGB XI (Pflegeversicherung), V (Gesetzliche Krankenversicherung und XII (Sozialhilfe), nicht zugelassen sind die Eingliederungshilfe oder Hilfen zur Erziehung. Das sind z.B. betreute Wohnungen, ambulante Pflege, mobile soziale Hilfsdienste, eine Wohngemeinschaft für dementiell Erkrankte, eine Begegnungsstätte für Ältere und ein Rehabilitationszentrum. Das ASZ ist ein bilanzierender Betrieb: Etwa 75 Prozent der Einkünfte stammen aus Dienstleistungen (z.B. ambulante Krankenpflege). Der Geschäftsbesorgungsvertrag für Quartiersmanagement und nicht refinanzierbare Leistungen macht etwa 25 Prozent aus. Nicht refinanzierbare Leistungen heißt, dass vom Verein Personal vorgehalten wird, das qualifiziert leistungserschließend beraten kann, angefangen von der Beratung bei einem Rentenbescheid. Eine klassische Beratung durch die Kommune, die aber keine soziale Stabsstelle für diese Aufgabe hat und diese Leistung an das AltenServicezentrum übertragen hat und finanziert. Es gibt ein öffentliches Restaurant und Café sowie Kulturprogramm für alle Interessierten. Etwa 100 Ehrenamtliche engagieren sich regelmäßig.

Es wird als ein sehr politisches Projekt verstanden, das sich dafür einsetzt, die Leitlinien der „sorgenden Gemeinschaft“, der Mehrgenerationenhäuser, des Quartiers und der Gemeinwesenarbeit zusammenzudenken und weiterzutragen. Die Mehrgenerationenhäuser haben sich als sehr flexibel erwiesen und sind von ihrer Idee her auf Kooperation angelegt. Ihre Funktion ist die Prävention, was bedeutet, die Hilfe- und Pflegebedürftigkeit zu verhindern oder so lange wie möglich hinauszuzögern. Wenn in einem Quartier niedrigschwellige Strukturen geschaffen werden, können frühzeitig Situationen erkannt werden, in denen Hilfenetze aufgebaut werden können. Mit dem demografischen Wandel haben fast alle Kommunen zu tun und müssen in ihrer Daseinsvorsorge darauf reagieren. Für die Mehrgenerationenhäuser wird derzeit im BMFSFJ in Richtung Regelförderung diskutiert, verbunden mit einer höheren Förderung und dem Anliegen, dass die Mehrgenerationenhäuser die zukünftigen Schaltstellen im Quartier werden können. In diesem Zusammenhang stellt sich folgende Frage angesichts der Situation in den Kommunen bezüglich der freiwilligen Leistungen: Können sich die so genannten freiwilligen Leistungen der Daseinsvorsorge derart ändern, dass sie a) nicht mehr freiwillig sind und b) in der Daseinsvorsorge leistungserschließend verankert werden?

Seit 2011 wird in *Magdeburg-Neu-Olvenstedt* unter der Bezeichnung „Büro für Stadtteilarbeit“ Quartiersmanagement und die Vernetzung der Akteure betrieben. Neu-Olvenstedt ist ruhendes Soziale Stadt-Gebiet und seit 2002 im Programm Stadtumbau, worüber auch die Stadtteilarbeit gefördert wird. Neu-Olvenstedt war eine sozialistische Vorzeigesiedlung, die in den späten 1980er Jahren im Rahmen eines Programms zur Linderung des Wohnungsnotstands mit damals 30.000 EinwohnerInnen auf die „grüne Wiese“ gebaut wurde. Sie ist gut ans Zentrum angebunden, mit guter Infrastrukturausstattung und städtebaulicher und Freiraumqualität. In der Nachwendezeit gab es einen massiven Wegzug und Rückbau der Siedlung, in den 1990er Jahren auch Probleme mit rechtsradikalen Übergriffen und dem sich daraus verfestigenden negativen Image. Die Einwohnerzahl ging auf 10.000 BewohnerInnen zurück. Die großen Umwälzungen wurden systematisch von der Stadtverwaltung und der Wohnungswirtschaft begleitet. Über so genannte Quartiersvereinbarungen in verschiedenen Stadtteilen wurden Sozial- und Wohnungsbauentwicklung sowie die Umsetzungen von Bewohnern entschieden. Die Stadtverwaltung war auch für die Kommunikation zuständig, um



mehr Transparenz über die geplanten kritischen Abrissmaßnahmen herzustellen. Das Quartiersmanagement war bei der Fortschreibung der Quartiersvereinbarung eingebunden. Inzwischen ist der Wohnungsmarkt entspannter, die Runden finden nicht mehr statt. Es gibt inzwischen Zuzug, derzeit leben ca. 11.200 BewohnerInnen in Neu-Olvenstedt. Eine Veränderung des Kontextes macht sich im Stadtteil bemerkbar: Die Stadt Magdeburg ist bis 2004 geschrumpft, seitdem gibt es leicht steigende Einwohnerzahlen (aktuell 241.000 Einwohner). Seit 2010 sind in Neu-Olvenstedt neue Zuzüge zu verzeichnen, in Ein- und Zweifamilienhaussiedlungen, die auf den ehemaligen Abrissflächen neu errichtet wurden, auch um neue Bewohnergruppen für den Stadtteil zu gewinnen. Aufgaben des Quartiersmanagements sind die Imageverbesserung des Stadtteils, aber auch der Umgang mit den Umsetzungen der BewohnerInnen. Es gibt viele langzeitarbeitslose Menschen, wenig Zugang zu Bildung und beruflicher Perspektive und den damit verbundenen sozialen Belangen. Auch Kinder und Jugendliche sind davon betroffen. Deshalb gibt es Kooperation mit Jugendeinrichtungen, Schulen und Kitas. Kunst im öffentlichen Raum, die für die damalige Vorzeigesiedlung installiert wurde, wird durch die Stadtteilarbeit über kreative Prozesse auch als Identifikationspotenzial für die BewohnerInnen genutzt. Beispielsweise ist „Mapping Neu-Olvenstedt“ ein Projekt, in dem ein Stadtteilplan gemeinsam mit Jugendlichen Orte der Baugeschichte, Kunst, Architektur kartiert hat.

In Magdeburg gibt es eine Besonderheit, auf die *Stephan Herrmann*, bei der Landeshauptstadt Magdeburg zuständig für Städtebauförderung, ergänzend hinweist: Für die Bürgerschaft offene Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit sind stadtweit in 22 Stadtteilen installiert worden, auch in Neu-Olvenstedt. Seit 1998 arbeiten in der Landeshauptstadt Magdeburg die „Arbeitsgruppen zur Entwicklung und Unterstützung der Gemeinwesenarbeit“ – kurz Arbeitsgruppen Gemeinwesenarbeit (AG GWA). Sie sind an die Stabsstelle Jugendhilfe-, Sozial- und Gesundheitsplanung angegliedert. Der Magdeburger Stadtrat stellt jährlich zur Förderung von Stadtteilprojekten einen „Initiativfonds Gemeinwesenarbeit“ in Höhe von insgesamt 51.200 Euro bereit. Anträge auf Förderung können in der jeweiligen AG GWA gestellt werden. Regelmäßige Treffen (ca. 10mal/Jahr) finden öffentlich statt und sollen darüber abstimmen, was über den Initiativfonds finanziert werden soll. Eine solche Gemeinwesenarbeitsstruktur ist aus Stadtplanungsperspektive nicht ausreichend für Stadtteile mit besonderen Bedarfen. Teilweise über die Soziale Stadt, später über den Stadtumbau sind viele investive Mittel für die Weiterentwicklung von Großwohnsiedlungen eingesetzt worden. Mit dem Stadtumbau war Neu-Olvenstedt auf andere Art und Weise Brennpunkt. Durch den massiven Rückbau von ca. 6.500 Wohneinheiten gab es Umbrüche im Stadtteil, die aus Überzeugung der kommunalen Stadtplanung begleitet werden sollten. Dazu wurde das Quartiersmanagement mit Büro im Stadtteil eingerichtet. Zu den Aktivitäten gehören regelmäßige Sprechzeiten, Begleitung der Sitzungen der Gemeinwesenarbeit, eine allgemeine Anlaufstelle für private Belange, aber auch Vereine, ausgestattet mit einem kleinen Budget (Farben kaufen, Band für Konzert bezahlen, Kunstprojekt an Fassade, kaputte Lampen, fehlender Papierkorb etc.). Die Schwierigkeit liegt darin, mit den Instrumenten des Stadtumbaus und der Sozialen Stadt Menschen zu erreichen. Partizipative Demokratie und das Empowerment der BewohnerInnen sind mit den personellen Ressourcen kaum zu leisten. Zivilgesellschaft fängt nicht im Quartier an und hört nicht im Quartier auf. Es braucht mehr Orte im Stadtteil, an denen man sich aufhalten kann, Nachbarschaftstreffs für die Bewohnerschaft, gerade auch für die Jugendlichen.

Im saarländischen *Sulzbach* hat Gemeinwesenarbeit eine lange Tradition. Der zentrale Träger ist der Caritasverband Saarbrücken und Umgebung e.V., der seit 40 Jahren Gemeinwesenarbeit betreibt, seit 32 Jahren am Standort Sulzbach, wo alles mit einem Nachbarschaftsprojekt begann. In der Stadt mit 16.500 EinwohnerInnen begann das Programm Soziale Stadt 1999 im Stadtteil Altenwald, wurde 2002 auf Sulzbach-Mitte ausgedehnt und lief mit Unterbrechung bis 2016. Mit der Sozialen Stadtförderung wurde ein Stadtteilmanagement von Seiten der Kommune installiert. Die Gemeinwesenarbeit wurde auf eine gesamtstädtische Ausrichtung ausgeweitet, die Kooperationsbeziehungen verbesserten sich dadurch. Der Caritasverband hat dort einen offenen Beratungspunkt, den man als



„Quartiersmanagement light“ bezeichnen kann. Dort sind drei Vollzeitstellen für Gemeinwesenarbeit angesiedelt. Sie arbeiten in der Sozialberatung, in der Familien-, Frauen- und Jugendarbeit und als Projektleitung vor Ort. Zusätzlich werden je nach Bedarf weitere Förderprojekte bearbeitet, z.B. IQ – Integration durch Qualifizierung, mit dem Teilprojekt „Sozialraumagentin Sulzbach“ des BAMF für Geflüchtete. Diese Angebote sind auch ein wichtiges Instrument für die Stadtverwaltung, was die sozialen Problemlagen angeht. Seit zwei Jahren stellt die Stadt Sulzbach die Infrastruktur, Regionalverband und Caritasverband übernehmen hälftig die Personal- und Sachkosten. Der Finanzierungsanteil des Regionalverbands ist in der Kinder- und Jugendhilfe verortet. Die Projekte der Gemeinwesenarbeit haben eine Laufzeit von jeweils fünf Jahren. Mit dem Auslaufen der Soziale Stadt-Förderung wurde das durch die Stadt betriebene Stadtteilmanagement eingestellt. Deutlich wurde, dass dadurch die zivilgesellschaftlichen Aktivitäten wegbrachen. Gemeinwesenarbeit hat eine starke fachliche, sozialpädagogische Ausrichtung; das Stadtteilmanagement hingegen hatte eine stärkere Verbindung zur Verwaltung sowie eine wichtige akteursübergreifende Vernetzungsfunktion. Diese Struktur bot eine gute Kooperation und galt als sinnvolle Arbeitsteilung. Die Gemeinwesenarbeit kann diese Lücke nur begrenzt füllen, sondern ist stärker mit sozialer Infrastruktur, Brückenangeboten, Projektarbeit in enger Koordination mit Jugendhilfeplanung befasst.

Wie ist Gemeinwesen- bzw. Quartiersarbeit in den Kommunen strategisch aufgestellt?

Wie Karin Vorhoff vom Deutschen Caritasverband ausführte, ist die freie Wohlfahrtspflege selten Träger des Quartiersmanagements in der Sozialen Stadt, sondern meist als Träger einzelner Maßnahmen aktiv. Der Deutsche Caritasverband hat dazu verbandlich die Debatte zu einem integrierten Verständnis von Quartiersentwicklung angestoßen. Die Rolle der freien Wohlfahrtspflege lässt sich in drei Funktionen umgrenzen: Anwaltschaft, Dienstleister und Solidaritätsstifter. Diese Funktionen lassen sich auch gut auf Gemeinwesenarbeit und Stadtentwicklungsprozesse herunterbrechen. Das ist zunächst die Rolle als intermediärer Akteur zwischen Kommune, Wirtschaft, Bürgern und Institutionen, die Rolle als Dienstleistungserbringer (wie auch die Gemeinwesenarbeit in Sulzbach mit ihren Angeboten und Diensten) und die Rolle der Anwaltschaft, den Menschen im Quartier eine Stimme zu geben, mit dem Anspruch der Parteilichkeit zu bündeln und ihre Interessen gegenüber anderen zu formulieren. Sie stehen in einem Spannungsverhältnis, auch aufgrund der zunehmenden Vermarktlichung sozialer Dienstleistungen. Bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen ist das Stichwort der Subsidiarität wichtig, unter der Maxime: Selbstbestimmung – Eigenverantwortung – Entfaltung der Individuen – Gemeindebezug. Um die Funktionen zu erfüllen braucht es Unabhängigkeit und „Beinfreiheit“, um parteilich sein zu können, Steuerung durch die Kommune, Verlässlichkeit der Perspektive und Förderung, strukturelle Verankerung und Rollenklarheit zwischen den Akteuren und Ebenen. Es braucht Generalziele, aber kein kleinteiliges Projektmanagement mit Zielvorgaben, sondern Offenheit für das, was aus dem Quartier und von den Menschen kommt. Auf der Steuerungsebene und in den Finanzierungslogiken braucht es ein Verständnis für das sozialrechtliche Dreiecksverhältnis zwischen Leistungsträger, Leistungserbringer, aber auch Zivilgesellschaft und den Kräften im Quartier. Die kommunale Verwaltung und Politik dürfen weder die Träger noch die benachteiligten Quartiere alleine lassen. Hier besteht eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Gemeinwesenarbeit und Stadtteilarbeit brauchen eine dauerhafte Subventionierung. Die freie Wohlfahrtspflege finanziert sich aus den unterschiedlichen SGB-Rechtskreisen, wo aber für die Integration der unterschiedlichen Sektoren und Handlungsbedarfe und damit das parteiliche Arbeiten keine Finanzierung vorgesehen ist. Hemmnisse sind zeitlich begrenzte Programme und Projektförderung. Aber auch die faktische Versäulung durch die Rechtskreise, die ein hohes Maß an fachlicher Spezialisierung mit sich bringt, erschwert, die gute Tradition der GWA in die jüngere Generation von Sozialarbeit einzutragen. Auf kommunaler und staatlicher Seite ist ein schwindendes Verständnis für das Prinzip der Subsidiarität zu beobachten. Es geht nicht darum, die einzelne Dienstleistung für ein individuelles Problem oder einen Mangel zu bezahlen, sondern das Potenzial zu sehen, soziale Dienstleistungen integriert und vernetzt zu denken. Die Regelungen stehen dem entgegen. Aus allen Fallbeispielen



wird deutlich: Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit haben sich nur dort entwickelt, wo es auf kommunaler Seite und in den verschiedenen Instanzen Akteure gab, die ein Verständnis für den integrierten Ansatz und vernetztes Handeln mitgebracht haben. Dabei geht es nicht nur um neue Programme und auch nicht nur um die Ausweitung der Soziale Stadt-Programmatik. Prävention im ländlichen Raum und Kommunen in einem Zwischenstadium können ebenfalls Gemeinwesenarbeit brauchen. Wie schafft man diesen Ansatz verstetigt in die gesetzlichen Rechtskreise und eine Verschränkung der unterschiedlichen Handlungslogiken (Sozialgesetzgebung, Städtebauförderung, gemeinwesenbezogene Arbeit: kommunal, aber nicht Pflichtaufgabe)?

Ulrich Kuhn, SONG-Netzwerk und Stiftung Liebenau, führte zur sozialpolitischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte aus Sicht der Dienstleister für soziale Problemlagen und Gemeinwesenarbeit aus, welcher Veränderungsprozess auch am Echinger Modell ablesbar ist. Die Verbindung der Sorge für ältere Menschen mit individuellen Dienstleistungen in Kombination mit dem Mehrgenerationenhaus als Treffpunkt und der generationenübergreifenden Gemeinwesenarbeit sowie der Teilhabe der älteren Menschen war vor dreißig Jahren eine Neuerung. Mit der Einführung der Pflegeversicherung kamen Fragen auf, wie man finanziell Pflege organisiert und professionalisiert. Damit wurde eine neue Säule im Sozialsystem geöffnet, deren Aufgaben von der Kommune auf den Markt verschoben wurden. Mit der Dezentralisierung spezialisierter und versäulter Einrichtungen und Angebote für einzelne Gruppen auch außerhalb der Kommunen auf dem Land hat sich dieser Markt in den letzten Jahren stark verändert. Die Träger orientieren sich zunehmend sozialräumlich und öffnen z.B. in der Behinderten- und Altenhilfe ihre Angebote wieder in die Kommunen. Die Erkenntnis ist da, dass präventive Strukturen nur gelingen können, wenn man schon im Gemeinwesen ansetzt, und dass Gemeinwesenarbeit die Menschen und die Beziehungen stärkt und die Schaffung eines solidarischen Umfelds bedeutet. Bei der Stiftung Liebenau hat der Aufbau der Altenhilfe in den 1990er Jahren zu neuen Ansätzen geführt, bei denen ein Miteinanderwohnen der Generationen im Mittelpunkt stand, das über die Mehrgenerationenhäuser hinausreicht. Dazu ist die Stiftung damals Kooperationen mit den jeweiligen Kommunen auf der Basis von Grundlagenverträgen eingegangen („Lebensräume für Jung und Alt“), in insgesamt 30 Gemeinden. Es wurden Wohnprojekte realisiert, altengerechte Angebote und eine vielfältige Bewohnerstruktur gesichert und das Miteinander gefördert: Gemeinwesenarbeit als soziale Arbeit, also beziehungsstiftend für die Bewohnerschaft im Wohnquartier. Das Mehrgenerationenhaus-Programm des Bundesfamilienministeriums passte nahtlos dazu und bot Räumlichkeiten. Damit wurden Strukturen geschaffen, die verstetigbar wären, auch wenn in den Förderkulissen die inhaltlichen Schwerpunkte wechseln. Der Träger hat dann auch die Dezentralisierung der Behindertenhilfe weitergeführt und vor Ort Wohnangebote geschaffen. In der Gemeinde Oberteuringen (Bodenseekreis) bestand ein solches Lebensräume-Wohnprojekt seit 20 Jahren, mit einer Bürgerstiftung, die u.a. für die Mitfinanzierung der Gemeinwesenarbeit gegründet wurde. Für ein Neubauprojekt vor wenigen Jahren wurde das Konzept Inklusives Oberteuringen entwickelt, auch mit der Stiftung Liebenau: mit behindertengerechten Wohnangeboten, einer Gemeindebücherei, Beschäftigungsmöglichkeiten für Menschen mit Behinderung, einem neuen Platz für den Ortsteil. Kommunal wurde eine Inklusionsbeauftragte zusätzlich zur Quartiersarbeit der Stiftung Liebenau eingestellt. Bei der Quartiersarbeit lassen sich Rollenveränderungen aus Trägersicht feststellen: Die Kommune war früher stärker Auftraggeber, jetzt übernimmt sie diese Aufgaben zunehmend selbst. Die Träger werden wieder stärker bei der Dienstleistungsfunktion in der Einzelfallhilfe eingebunden. Die starke kommunale Ausrichtung der Landesinitiative „Quartier 2020 – Gemeinsam.gestalten“ in Baden-Württemberg steht auch dafür.



Strukturelle Verankerung von Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt

Wo sehen Sie Bedarfe und Möglichkeiten für Kommunen und Quartiere, um Gemeinwesenarbeit strukturell zu verankern? Welche Anpassungsbedarfe sehen Sie für die Regelförderung, insb. in den Rechtskreisen nach SGB?

Prof. Dr. Simon Güntner stellte auf Basis der Fallstudien und der Diskussion das Spektrum an Formen der strukturellen Verankerung von Gemeinwesenarbeit vor, das von einer Einbindung in die kommunale Verwaltung als Fachdienst bis zu einem weitgehend unabhängigen Modell eines zivilgesellschaftlich getragenen Stadtteilvereins reicht. Mit der strukturellen Einbindung variieren auch die Zielsetzungen und Methoden, wobei auch viele Übereinstimmungen festzustellen sind. Die Bandbreite an Möglichkeiten verweist auf ein Spannungsfeld zwischen finanzieller Sicherheit und Autonomie: Je stärker die Kommunalverwaltung Gemeinwesenarbeit finanziert oder personell unterstützt, desto weniger ist Gemeinwesenarbeit unabhängig und kann ggf. auch Opposition gegen städtische Vorhaben organisieren. Ohne Unterstützung fehlen hingegen die Kapazitäten für die Arbeit mit den BewohnerInnen, was von einem Teilnehmenden als „frei und verloren“ beschrieben wurde. Die vorgestellten Beispiele zeigen auch Varianten in der Vernetzung der Akteure vor Ort auf – vom Dachverein, in dem die Akteure als Mitglieder und Förderer zusammenkommen, bis zur projekt- und anlassbezogenen Kooperation.

In der Schlussdiskussion stellte sich die Frage nach der Verortung der Gemeinwesenarbeit in der Sozialen Stadt. Quartiersmanagement und Gemeinwesenarbeit gehören in der Quartiersentwicklung eng zusammen, sind aber nicht identisch. Und: Gemeinwesenarbeit leistet auch unabhängig von städtebaulichen Fördermaßnahmen einen wichtigen Beitrag für den sozialen Zusammenhalt. Ihre Wirkung ist aber schwer zu sehen und zu messen. Dieses Dilemma ist allzu deutlich angesichts der gegenwärtigen Veränderungen im Planungsverständnis und auch in der Sozial-, Altenhilfe-, Gesundheits- und Pflegepolitik, die sich jeweils für sozialräumliche Zusammenhänge öffnen, aber die Gemeinwesenarbeit in den Förderstrukturen bisher kaum berücksichtigen.

Auf der Bundeskonferenz „Gemeinwesenarbeit in der sozialen Stadt“ am 25. November 2019 in Berlin werden die Befunde der Studie weiter diskutiert und eingeordnet.



Anhang

Tagesordnung der 2. Transferwerkstatt

- 11:00 Begrüßung und Einführung zu Anlass und Zielen der Studie *Juliane Wagner, BMI*
- 11:10 Leitfragen und Vorgehensweise *Dr. Petra Potz, location³ - Wissenstransfer*
- 11:20 **Gemeinwesenarbeit aus Perspektive verschiedener Akteure und Träger**
 GWA konkret - Praxis-Erfahrungen aus den Fallstudien Emden, Jena, Trier: Handlungsfelder, Träger, Finanzierung/Organisation, Kooperation im Quartier
 Gesprächsrunde mit Kurzimpulsen von *Christian Kuthe, Antje Thiel, Sabine Stövesand*:
 Welches Verständnis von Gemeinwesenarbeit liegt der Arbeit im Quartier zugrunde?
- 12:45 *Mittagsimbiss*
- 13:15 **Von der einzelfallbezogenen Förderung zur integrierten Quartiersarbeit**
 GWA konkret - Praxis-Erfahrungen aus den Fallstudien Eching, Magdeburg, Sulzbach: Handlungsfelder, Träger, Finanzierung/Organisation, Kooperation im Quartier
 Gesprächsrunde mit Kurzimpulsen von *Ulrich Kuhn, Stephan Herrmann, Karin Vorhoff*: Wie ist Gemeinwesen- bzw. Quartiersarbeit in den Kommunen strategisch aufgestellt?
- 14:45 *Kaffeepause*
- 15:00 **Schlussfolgerungen und Arbeitsthesen**
 Gemeinsame Diskussion: Wo sehen Sie Bedarfe und Möglichkeiten für Kommunen und Quartiere, um Gemeinwesenarbeit strukturell zu verankern? Welche Anpassungsbedarfe sehen Sie für die Regelförderung, insb. in den Rechtskreisen nach SGB?
- 16:00 *Ende der Veranstaltung*
- Moderation: *Ralf Zimmer-Hegmann, ILS*



Teilnehmende der 2. Transferwerkstatt

Nicole Graf, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Berlin

Univ.-Prof. Dr. Simon Güntner, TU Wien, Department für Raumplanung, Fachbereich Soziologie, Wien

Stephan Herrmann, Landeshauptstadt Magdeburg, Stadtplanungsamt, Stadterneuerung/Entwicklungsmaßnahme, Magdeburg

Patrick Jochum, Caritasverband für Saarbrücken und Umgebung e.V., Gemeinwesenarbeit Sulzbach, Sulzbach

Madeline Kaupert, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung BBSR, Bonn

Stefan Köder, Büro für Stadtteilarbeit Neu-Olvenstedt, Stadtteilmanagement & Stadtumbau, Internationaler Bund, Magdeburg

Ulrich Kuhn, Projektbeirat, Geschäftsstelle Netzwerk Soziales neu gestalten SONG e.V. & Stabsstelle Sozialpolitik, Stiftung Liebenau, Meckenbeuren

Christian Kuthe, Niedersächsisches Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz, Referatsleiter Städtebau, Bauleitplanung, Baukultur, Hannover

Siglinde Lebich, Geschäftsleitung Alten Service Zentrum, MehrGenerationenHaus, Älter werden in Eching e.V., Eching

Andreas Mehlich, Stadtteilbüro Jena-Winzerla, mittendrin e.V., Jena

Maria Ohlig, Quartiersmanagement Trier-Nord, WOGEBE Wohnungsgenossenschaft Am Beutelweg e.G., Trier

Egon Philipps, Leitung Fachdienst Gemeinwesen im Fachbereich Gesundheit und Soziales, Stadt Emden, Emden

Dr. Petra Potz, location³ - Wissenstransfer, Berlin

Prof. Dr. Sabine Stövesand, Projektbeirat, HAW, Professorin für Soziale Arbeit, Hamburg

Antje Thiel, Thüringer Ministerium für Infrastruktur und Landwirtschaft, Referat Städtebau, Städtebau- und Schulbauförderung, Erfurt

Karin Vorhoff, Projektbeirat, Deutscher Caritasverband, Referatsleiterin, Referat Sozialraum, Engagement, Besondere Lebenslagen, Freiburg

Juliane Wagner, Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, Berlin

Ralf Zimmer-Hegmann, ILS - Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung gGmbH, Dortmund